



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 11. bis 17. Dezember)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 11. bis 17. Dezember)

Parteien und Wahlkampf

Anzufriedenheit — Haltung der Regierung — Aufgaben der Parteien — Sozialdemokraten und Bürgertum — Methoden von Sozialdemokraten und Ultramontanen — Ultramontane Geschichtsforschung — Die ultramontane Gefahr — Posadowsky über die Sozialdemokratie

Nach Heimgang des alten Reichstags haben die Wahlkämpfe für den neuen mit einer Schärfe eingesetzt, wie sie schon lange nicht beobachtet worden ist. Bei allen Parteien ohne Ausnahme besteht die Überzeugung, daß im nächsten Vierteljahr nicht nur um die Mandate für eine Legislaturperiode gekämpft wird, daß vielmehr von der Zusammensetzung des nächsten Reichstags unbedingt die Orientierung der inneren Politik Deutschlands für Jahrzehnte abhängen muß. In der Zusammensetzung des nächsten Reichstags wird aller Wahrscheinlichkeit nach die ganze Unzufriedenheit ihren Ausdruck finden, die sich im Lande seit vielen Jahren aufgespeichert hat, sei es aus nationalen, sozialen, wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen. Aus dieser Unzufriedenheit erwächst auch das starke Bedürfnis nach politischer Betätigung, das allenthalben in bürgerlichen Kreisen zu beobachten ist, und nach politischen Taten, die nicht nur von der Regierung, sondern auch von den Parteiführern gefordert werden.

Die Regierung erweckt, je näher der Wahltermin heranrückt, um so mehr den Anschein, als wolle sie sich in den Streit der Parteien um keinen Preis mischen. Sie beschränkt sich lediglich darauf, möglichst exakte Zahlen und Daten über den Stand der Reichsfinanzen und die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu verbreiten: ad usum delphini. Mögen die Parteien damit machen, was sie wollen! Daneben sind die Behörden in den einzelnen Wahlkreisen nur angewiesen, Angriffe auf und Entstellungen von Regierungsmaßnahmen zurückzuweisen beziehungsweise richtig zu stellen. Man gewinnt den Eindruck, als wolle die Reichsregierung zunächst einmal das Volk sprechen lassen, um an dem Ergebnis der Wahlen die wirkliche Stimmung kennen zu lernen. Herr v. Bethmann erscheint uns dem von Wahlagitatoren erhitzten Lande gegenüber wie ein Alchimist, der aufmerksam das Brodeln in einer über Feuer gesetzten, mit tausend heterogenen Dingen gefüllten Retorte beobachtet, um zu sehen, was unter der Einwirkung der Siedehitze herauskommt. Falls die Regierung, wie hier und da gemunkelt wird, die Durchführung weitergreifender Pläne in ihrem Programm hätte, mit denen sie gegenwärtig nur zurückhält, dann könnte man

sich mit ihrer abwartenden Haltung, nachdem diese zweieinhalb Jahre hindurch geübt wurde, auch den Wahlkämpfen gegenüber einverstanden erklären. Fehlen aber solche Pläne, dann sähe der Wahlkampf einem Plebiszit verteuftelt ähnlich, dessen Ergebnis — gleichgültig wie es aussähe — für das Reich die schwersten Folgen nach sich ziehen müßte.

Die Aufgaben der Parteien stehen unter Berücksichtigung obiger Begleitumstände für den Wahlkampf fest und sind wenig kompliziert. Jede Parteirichtung muß danach trachten, zunächst die Zahl ihrer Abgeordneten so stark als möglich zu vermehren, ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Mandatträger wirklich genau auf dem Boden der einzelnen Partei steht oder nicht. Diesem Prinzip ist nun nach langen Mühen der beteiligten Parteien Rechnung getragen durch die Parteigruppierung in bürgerliche Rechte und Linke sowie Demokratie, wobei jede Gruppe gestützt ist auf die entsprechenden Wirtschaftsverbände: Bund der Landwirte, Zentralverband, Christliche Gewerkschaften als Stütze der verbündeten Konservativen und Ultramontanen; Hansabund, Bauernbund, Beamtenvereine und Bund der Industriellen als Stütze der verbündeten Nationalliberalen und Freisinnigen; die freien Gewerkschaften als Stütze der Demokraten. Je nachdem, ob der Landbund, der Hansabund oder die freien Gewerkschaften — das sind die drei Angelpunkte, um die sich alles bei den Wahlen dreht — sich als die Mächtigeren erweisen, wird die Parteikonstellation im nächsten Reichstage ausfallen und werden die liberalen Mittelparteien stärker oder schwächer sein. Darauf aber kommt es an für die Entscheidung der Frage, ob wir einen im nationalen Sinne arbeitsfähigen Reichstag erhalten oder nicht. Wer somit das Zutrauen zu den liberalen Parteien hat, daß sie bei genügender Stärke das Reich aus dem krisenähnlichen Zustande, in dem es sich befindet, hinausführen können, der wird auch dann einen liberalen Stimmzettel in die Urne werfen, wenn er seiner Weltanschauung nach ein Konservativer ist. Wer dies Zutrauen nicht hat, wird entweder konservativ oder gar nicht wählen und im letzteren Falle andeuten, daß er sich Heilung nur von einem radikalen Schritte, nämlich durch einen Sieg der Sozialdemokratie über alle anderen Parteien verspricht.

Ginge das politische Leben eines Volkes lediglich von mechanischen Wirkungen und Gegenwirkungen der Parteistärken ab, so könnte man wohl einer Radikalkur das Wort reden. Aber neben dem Verhältnis der Zahl spielen wichtigere, weil weiter wirkende Momente eine Rolle. Gewiß, ein Sieg der Sozialdemokraten auf der ganzen Linie würde dem dauernd uneinigen Bürgertum einen heilsamen Schreck in die Glieder jagen, würde vielleicht zur Bildung einer neuen großen konservativen Partei nationaler Schutzöllner führen, die imstande wäre, der Fahrt des Reichsschiffes einen festen Kurs in der inneren und äußeren Politik zu geben. Mit diesen vagen Möglichkeiten aber wären die Vorteile erschöpft, und es bliebe als sicher nur der eine Nachteil zurück: die Untergrabung aller Autorität und die Verwirrung der politischen Anschauungen auf viele Jahre hinaus. Dieser Preis scheint aber doch zu hoch, um damit

die durchaus nicht sicher stehende Heilung zu erkaufen. Und damit fallen auch alle Erörterungen in sich zusammen, die darauf hingingen, uns die Stärkung der Sozialdemokratie, sei es direkt oder indirekt, schmachhaft zu machen.

Die neueste Gesetzgebungsarbeit des Vatikans hat uns wieder vor Augen geführt, daß es neben der Sozialdemokratie auch noch einen andern Feind zu bekämpfen gibt, den Ultramontanismus. Die politischen Methoden der Sozialdemokratie sind ohne Frage abstoßender und durchaus geeignet, uns mit Elend zu erfüllen; die Methoden der Ultramontanen dagegen sind wegen ihrer Feinheit häufig gar nicht zu durchschauen und vermögen sogar dem kühlen Beobachter einen ästhetischen Genuß zu bereiten. Die Sozialdemokratie wühlt gegen die Monarchie und den bürgerlichen Staat mit rohen, offenkundigen Mitteln, denen ein gesundes und politisch reifes Bürgertum leicht begegnen könnte. Die Ultramontanen unterwühlen dauernd in zäher Ministerarbeit die Grundmauern des Kaiserstaates, stets maskiert durch angebliche Pflichten der Religiosität. Ihnen beizukommen ist ein schweres, wenngleich interessantes Studium, das uns nur dann alle die tausend Kanäle, auf denen sie ihren Internationalismus in das Volksdenken einflößen, kennen lehrt, wenn wir die Tätigkeit der Römlinge mit unausgesetztem Mißtrauen betrachten. Unter der Maske einer staatserhaltenden Partei wirkt der Ultramontanismus durch das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften. Unter der Maske der Wissenschaftlichkeit werden Geschichtswerke über das Werden des deutschen Volkes verfaßt, die darauf ausgehen, die römische Kirche als denjenigen Faktor der Weltgeschichte hinzustellen, dem die Deutschen allein ihre heutige Kultur und politische Macht verdanken. Welche Gefahren damit für das Reich und die Nation verbunden sind, soll im Laufe der nächsten Monate an zwei Publikationen des Herderschen Verlags zu Freiburg von Fachmännern eingehend dargetan werden. Heute sei nur hingewiesen auf das dreibändige Werk des Jesuiten Hartmann Grisar „Luther“, in dem der Reformator systematisch mit einem großen, scheinbar streng wissenschaftlichen Apparat aller der großen Eigenschaften und Gedanken entkleidet wird, die ihn in unseren Augen zum Helden erheben, ferner auf das gleichfalls dreibändige Werk von Dr. Johannes B. Kipling „Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche“, in dem wir die Hohenzollern als eine leichte Gesellschaft von Opportunisten hingestellt finden, die ihre Politik der römischen Kurie gegenüber nicht von großen nationalstaatlichen Gesichtspunkten leiten ließen, sondern von kleinlichen, geschäftlichen Interessen, — der eine aus Liebe zu seinen Soldaten, der andere um die Einnahmen der Akzise zu vergrößern. Wenn die „ultramontane“ Wissenschaft nicht ganz bestimmte politische, dem deutschen Kaiserstaat feindliche Ziele verfolgte, brauchte weder Grisars „Luther“ noch Kiplings „Geschichte des Kulturkampfes“ in dieser Zeit zu erscheinen. Beide Werke sind Vorboten neuen, schweren Kampfes um die deutsche Kultur.

Die ultramontane Gefahr erscheint aber bei näherem Zusehen auch aus anderen Gründen größer als die sozialdemokratische. Der Ultramontanis-

mus ist eine geistige Macht, deren Kraftquelle außerhalb der Grenzen des Reichs liegt, deren Weiterentwicklung in nur sehr geringem Maße beeinflusst wird durch die Entwicklung der kulturellen Kräfte bei den deutschen Katholiken. Unabhängig von den Bedürfnissen und häufig im Gegensatz zu dem Bedürfnis der deutschen Katholiken, wie das letzte *motu proprio* zeigt (vgl. Heft 50), entwickelt sich auch die vatikanische Gesetzgebung so, daß sie den deutschen Katholiken öfter und öfter vor einen schweren Gewissenskonflikt stellt als katholischen Christen und deutschen Staatsbürger. Die deutsche Sozialdemokratie ist dagegen eng verbunden mit der breiten Unterschicht des deutschen Volkes und schöpft ihre Kraft hauptsächlich aus der Befriedigung der Bedürfnisse deutscher Arbeiter. Sie kann nur so lange als politische Partei Einfluß nehmen, als sie den Bedürfnissen nicht der Hefe im Volk, sondern der gewissenhaft arbeitenden Masse gerecht zu werden sucht. Dort, wo zurzeit noch ihre Hauptkraft liegt, ist sie auch überwindbar. Von dem Augenblick an, wo die Gründe für das Entstehen einer Klassenkampfpartei mit kosmopolitischen Zielen beseitigt sind, von diesem Augenblick an beginnt auch die Quelle zu versiegen, aus der sie ihre Kräfte schöpft, und nur eine Frage der Zeit kann es dann sein, wann die Quelle vertrocknet und der Baum der sozialdemokratischen Organisationen verdorrt. Und weiter: während wir Deutsche die Macht haben, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben durch eine zweckentsprechende Schul-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, stehen wir dem Ultramontanismus aus wiederholt genannten Gründen so lange machtlos gegenüber, als es keine deutsch-katholische Kirche gibt, deren Mitglieder sich die Gesetzgeberei vom Auslande her verbitten. Also: auf der einen Seite positive Aufgaben mit Aussicht auf Erfolg, auf der anderen eine Sisyphusarbeit.

Nun wird mit Recht eingewendet: Die ultramontane Zentrumsparthei hat seit einer Reihe von Jahren an der Durchführung großer nationaler Aufgaben bei der Bewilligung der Mittel für Heer und Flotte mitgewirkt; die Sozialdemokraten haben dagegen in allen großen nationalen Fragen bis in die jüngste Zeit hinein versagt. Bei näherer Untersuchung der einschlägigen Verhältnisse erscheint indessen die Rechnung doch nicht so glatt, wie sie auf den ersten Blick aussieht. Die Zentrumsparthei wurde zu ihrem Einlenken in nationalen Fragen gezwungen durch die Tatsache, daß viele deutsche Katholiken sich von ihr abwandten und für das Reich optierten. Es ist das nicht ein Zeichen für einen Wechsel der Ziele des Ultramontanismus, sondern lediglich ein solches für den gesunden nationalen Sinn der deutschen Katholiken, der stark genug ist, den Wagen der Zentrumsparthei wenigstens in den Lebensfragen des Reichs auf den nationalen Strang zu schieben. Diese Erscheinung läßt uns hoffen, daß der Ultramontanismus vielleicht einmal ganz aus den Reihen der deutschen Katholiken verschwindet, nicht aber aus denen der Zentrumsparthei, solange darin der von Rom abhängige Klerus die Macht hat. Dasselbe, was wir von unseren katholischen Mitbürgern erwarten, dürfen wir auch von den deutschen Arbeitern erhoffen, die gegenwärtig als sozialdemokratische Wähler am republikanischen

Karren ziehen. Auch sie werden Verständnis für die Bedürfnisse des Reichs gewinnen, sobald sie erkennen, daß diese Bedürfnisse sich mit ihren eigenen Vorteilen decken. Graf Posadowsky hat kürzlich ausgeführt, die Sozialdemokratie sei vor allen Dingen gefährlich, weil sie die deutsche Geschichte ignoriere; sobald sie zur Mitarbeit am Staat herangezogen würde, sei sie aber gezwungen, mit den durch eine geschichtliche Entwicklung belasteten Tatsachen zu rechnen, und werde damit dem Radikalismus entfremdet. Nun dürfte die Entfremdung vom Radikalismus nicht arg schnell gehen. Gewiß. Aber Graf Posadowsky zeigt mit seinen Ausführungen doch den Weg, auf dem die Sozialdemokratie allmählich zu überwinden wäre. Der Weg führt durch die neue deutsche Geschichte. G. E.

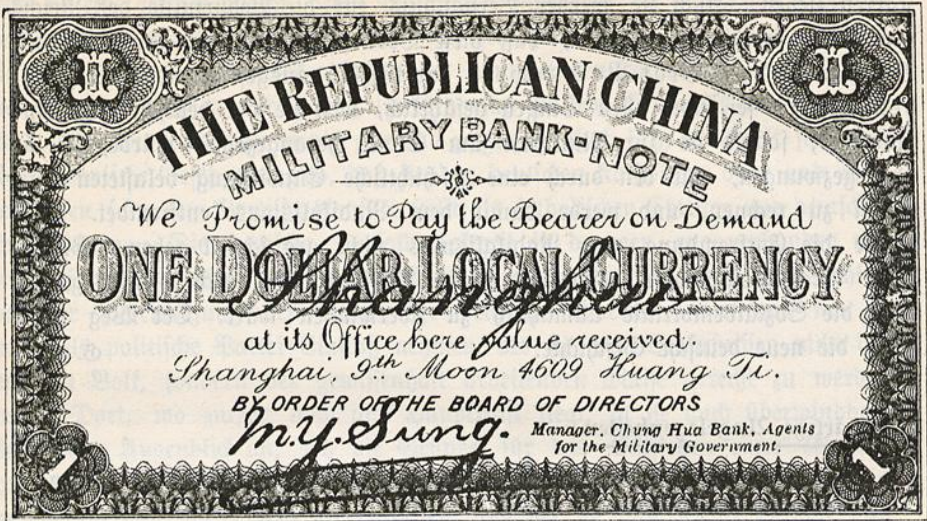
Auswärtige Angelegenheiten

Marokkoauskehr in Frankreich — Sasonows Erklärungen — Tripolis — China — Spionage

In der auswärtigen Politik liegen Veränderungen wesentlicher Natur nicht vor. Die Marokkofrage hat nunmehr auch vor der französischen Kammer ihren Abschluß gefunden, und Herr de Selve hat mit großem Geschick seine Politik verteidigt. Neues haben die Kammerverhandlungen den Lesern der Grenzboten nicht gebracht. An den bekannten feststehenden Tatsachen vermag auch ihre Darstellung in französischer Beleuchtung nichts zu ändern. Bedeutungsvoller sind schon die Auslassungen des Herrn Sasonow, der kürzlich in Paris weilte und das Bedürfnis hatte, sich einem Vertreter des halbamtlichen russischen Telegraphenbureaus gegenüber auszusprechen. Rußland wird besonders von England wegen seines Vorgehens in Persien mit Mißtrauen betrachtet, und Frankreich fürchtet von diesem Vorgehen eine Gefährdung seiner Ententepolitik. England möchte unter allen Umständen die Integrität des persischen Staates erhalten wissen, um die andernfalls eintretende nachbarliche Berührung mit Rußland zu vermeiden. Eine lange russisch-englische Grenze ist den englischen Politikern gleichbedeutend mit einer ständigen Bedrohung Indiens durch Rußland. Hierzu und über angebliche Schritte Rußlands wegen der Dardanellenfrage hat Herr Sasonow den Franzosen beruhigende Erklärungen gegeben, die natürlich den Lauf der Tatsachen nicht aufzuhalten vermögen.

Die Lage der Italiener in Tripolis ist während der abgelaufenen Woche nicht günstiger geworden, wohl aber die der Türkei, die die Zeit eifrig genutzt hat, das Landheer zu rüsten und ihre kleine Flotte gefechtsbereit zu machen, so daß es mit dem Friedensschluß noch einige Weile haben dürfte.

In China gewinnt eine ruhige Reformpartei, ermutigt und gestärkt durch Yuan Shih-Kais politische und militärische Maßnahmen, wenn auch langsam, an Boden. Wie es gegenwärtig im Lande der Mitte noch aussieht, davon gibt die nachstehend abgebildete Dollarnote der „Republik“ China einige Auskunft.



Diese Note gehört nicht zu den Fälschungen, mit denen geschäftstüchtige Japaner das Land überschwemmen, soll vielmehr ein gangbares Zahlungsmittel in Shanghai bilden.

Deutschland leidet augenblicklich stark unter dem Ungeziefer englischer Spione. Es erklärt sich daraus eine gewisse Nervosität, der wir allerorten in der Presse begegnen. Lassen wir uns in diesem Zustande nicht zu Mißgriffen verleiten, sondern trachten wir danach, wirksame Mittel zur Bekämpfung des englischen Spionagesystems ausfindig zu machen. Vorschläge dafür in der Presse machen zu wollen wäre unmöglich. Denn zumeist fehlt die genügende Detailkenntnis, um wirklich nützliche Maßregeln vorschlagen zu können, und, wo solche vorhanden, dürfte von ihr aus nahe liegenden Gründen kein öffentlicher Gebrauch gemacht werden.

G. Cl.

Der Täglichen Rundschau

Die Tägliche Rundschau hat ihren Lesern wieder einmal von einer angeblichen Schandtat der Grenzboten berichtet: In ihrer Nr. 577 hat sie es als möglich und wahrscheinlich hingestellt, ich hätte in den Neuen Militärischen Blättern einen Artikel über auswärtige Politik geschrieben, der die Haltung der Grenzboten in der Marokkofrage — also meine eigene — herausstreicht. Ferner hat die Tägliche Rundschau behauptet, in jenem Artikel der N. Mil. Bl. sei Herr v. Riederlen dem Publikum als neuer Vorkämpfer vorgeführt worden. Beides ist unwahr. Das Blatt hat es für angebracht gehalten, eine entsprechende Berichtigung des Artikelforschreibers, nämlich des Hauptmanns z. D. Dr. Fritz Röder, abzulehnen. Es handelt sich hier somit um einen Fall bewusster Irreleitung der Leser durch die „unparteiische, nationale“ Tägliche Rundschau.

G. Cl.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenau. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11 Defauer Straße 87